

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>XIII</b>
-----------------------------------	-------------

<b>Kapitel 1: Einleitung .....</b>	<b>1</b>
------------------------------------	----------

A. Ausgangslage: Die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung.....	1
B. Stand der Wissenschaft und Ziele der Arbeit.....	2
C. Gang der Untersuchungen.....	5

<b>Kapitel 2: Begriffliche Abgrenzung.....</b>	<b>7</b>
--	----------

A. Annäherung an den Begriff „elektronische Aufenthaltsüberwachung“ .....	7
B. Abgrenzung zu ähnlichen Begriffen .....	8
C. Kritische Betrachtung der einzelnen Begriffe .....	10
D. Festlegungen für die Untersuchung.....	13

<b>Kapitel 3: Ursprung und erste Entwicklungen in Deutschland .....</b>	<b>14</b>
---	-----------

A. Vorspann: Schwitzgebel und Jack Love .....	14
B. Internationale und europaweite Ausbreitung .....	15
C. Entwicklungen in Deutschland.....	19
I. Einführung des elektronisch überwachten Hausarrests ins StVollzG?.....	20
II. Hessischer Modellversuch und dauerhafter Einsatz des elektronisch über- wachten Hausarrests .....	21
1. Rechtlicher Rahmen und Zielgruppe .....	22
2. Voraussetzungen der Teilnahme .....	24
3. Ablauf der Überwachung.....	25
4. Überwachungsreichweite und Überwachungstechnik.....	26
5. Kosten .....	28
6. Wissenschaftliche Kritik, verfassungsrechtliche Bewertung und Evaluation .....	28
III. Baden-württembergischer Modellversuch .....	31

1. Hausarrest mit „elektronischer Aufsicht“ .....	33
2. „Elektronische Aufsicht“ ohne Hausarrest .....	35
3. Kosten .....	35
4. Evaluation und Zukunft des Modellversuchs .....	36
D. Fazit .....	37

## **Kapitel 4: Einführung und kriminalpolitische Einordnung ..... 39**

A. Hintergrund der Einführung: Das Urteil des EGMR zur Sicherungsverwahrung .....	39
B. Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung .....	44
I. Gesetzgebungsverfahren .....	45
II. Die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung – ein Überblick .....	48
C. Kriminalpolitische Bestandsaufnahme und Einordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung .....	51
I. Verfolgte Ziele .....	52
II. Kriminalpolitische Bestandsaufnahme: Der Trend zur Sicherheit .....	54
1. Entwicklung des Sicherheitstrends .....	56
2. Mögliche Hintergründe .....	59
3. Der Umgang mit „gefährlichen Straftätern“ als Ausprägung des Sicherheitstrends .....	61
a) Begriff .....	61
b) Gefährliche Straftäter als Aufgabe des Sicherheitsstrafrechts .....	63
aa) Sicherheit durch Sicherung .....	64
bb) Förderung der Sicherheit durch technische Überwachung .....	65
cc) Veränderung von Zielvorstellungen .....	66
dd) Veränderung des materiellen Strafrechts und des Prozessrechts .....	68
4. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung als Ausdruck des Sicherheitsstrafrechts .....	69
D. Fazit .....	71

## **Kapitel 5: Erprobung und praktische Umsetzung ..... 73**

A. Untersuchung der Machbarkeit und Modellversuche .....	73
I. „Bayerische Machbarkeitsstudie“ .....	74
II. Bayerischer Zwei-Phasen-Test .....	76
B. Die Gemeinsame Überwachungsstelle der Länder (GÜL) .....	77
I. Gründung und organisatorischer Anschluss der GÜL .....	78
II. Organisation und Arbeitsweise der GÜL .....	80

1. Strukturelle Rahmenbedingungen .....	81
2. Inhaltliche Rahmenbedingungen .....	82
3. Zusammenarbeit mit anderen Organen.....	84
4. Datennutzung und -schutz .....	86
III. Bisherige Fallzahlen und Kosten .....	86
C. Probleme auf Umsetzungsebene .....	87
<b>Kapitel 6: Die Rechtsgrundlagen .....</b>	<b>90</b>
A. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung im Rahmen der Führungsaufsicht .....	90
I. Die Weisung gemäß § 68b I S. 1 Nr. 12 StGB und ihre technische Umsetzung.....	92
1. Die Weisung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung, § 68b I S. 1 Nr. 12 StGB .....	92
2. Aktuelle technische Ausgestaltung.....	94
a) Funktionsweise der GPS-Technik und ihr Einsatz bei der elektronischen Aufenthaltsüberwachung.....	95
b) Zukünftige Entwicklungen .....	98
II. Die Anordnungsvoraussetzungen, § 68b I S. 3, S. 4 StGB .....	99
1. Formelle Anordnungsvoraussetzungen .....	100
a) Einschränkung des Personenkreises durch die abgeleitete Freiheits- oder Gesamtfreiheitsstrafe bzw. Maßregelerledigung, § 68b I S. 3 Nr. 1 StGB .....	101
b) Einschränkung des Personenkreises durch begangene Straftaten, § 68b I S. 3 Nr. 2 StGB .....	102
c) Modifizierung des erfassten Personenkreises, § 68b I S. 4 StGB .....	103
2. Materielle Voraussetzungen .....	104
a) Gefährlichkeit, § 68b I S. 3 Nr. 3 StGB .....	104
b) Erforderlichkeit, § 68b I S. 3 Nr. 4 StGB .....	106
III. Ermächtigungsgrundlage für das Betreten der Wohnräume.....	108
IV. Anwendungsgruppen für die elektronische Aufenthaltsüberwachung.....	110
1. Präventivüberwachung .....	110
2. Kombination mit aufenthaltsbezogenen Weisungen, § 68b I 1 Nr. 1, Nr. 2 StGB .....	111
3. Kombination mit dem Kontaktverbot, § 68b I S. 1 Nr. 3 Var. 1 StGB .....	111
4. Kombination mit den anderen Weisungen aus § 68b I S. 1, II StGB? .....	113
B. Begleitende strafprozessuale Regelung, § 463a IV StPO .....	114
I. Rechtsgrundlage zur Erhebung und Speicherung, § 463a IV S. 1 StPO .....	115
II. Umgang mit „Wohnraumdaten“, § 463a IV S. 1 Hs. 2, S. 7 StPO.....	116
III. Verwendung und Zweckbindung, § 463a IV S. 2 StPO .....	117
1. Feststellung von Weisungsverstößen und Ergreifen von Maßnahmen, § 463a IV S. 2 Nr. 1 bis Nr. 3 StPO .....	118
2. Gefahrenabwehr, § 463a IV S. 2 Nr. 4 StPO.....	119

3. Strafverfolgung wegen einer Straftat aus § 66 III S. 1 StGB, § 463a IV S. 2 Nr. 5 StPO .....	121
IV. Delegationsbefugnisse, § 463a IV S. 4 StPO .....	123
V. Löschungspflicht, § 463a IV S. 5 StPO .....	124
VI. Datenschutz und Schutzbestimmungen, § 463a IV S. 3, S. 6, S. 8 StPO .....	124
1. Automatisierungspflicht und Schutz vor unbefugter Kenntnisnahme, § 463a IV S. 3 StPO .....	125
2. Protokollierungspflicht, § 463a IV S. 6 StPO .....	126
3. Dokumentationspflicht, § 463a IV S. 8 StPO .....	126
C. Änderungen anderer Regelungen der Führungsaufsicht .....	126
I. Dauer der Führungsaufsicht, § 68c StGB .....	127
II. Nachträgliches Anordnen, Aufheben und Abändern, § 68d StGB .....	128
III. Beenden oder Ruhen, § 68e StGB .....	129
D. Fazit .....	130

## **Kapitel 7: Vereinbarkeit mit den Grund- und Menschenrechten..... 131**

A. Die Verfassungsbeschwerde – 2 BvR 916/11 .....	132
I. Strafrechtlich relevante Vorgeschichte .....	132
II. Entscheidungsgründe – LG Rostock und OLG Rostock .....	132
III. Verfassungsbeschwerde – insbesondere 2 BvR 916/11 .....	135
B. Eingrenzung der zu überprüfenden Grundrechte und Festlegung der Rechtsquellen ....	136
I. Eingrenzung und Festlegung des Untersuchungsgegenstandes .....	136
1. Menschenwürde .....	137
2. Privatsphäre .....	138
3. Freiheit .....	139
4. Resümee zum Untersuchungsgegenstand .....	140
II. Verletzung von Grund- und Menschenrechten aus GRC und EMRK .....	140
1. GRC und ihre Auswirkungen auf das nationale Recht .....	140
a) Anwendungsvoraussetzungen, Art. 51 I GRC .....	141
b) Prüfung der Anwendungsvoraussetzungen für die elektronische Aufenthaltsüberwachung .....	143
2. EMRK und ihre Auswirkungen auf das nationale Recht .....	143
III. Ergebnis zur Festlegung der Rechtsquellen und Eingrenzung der zu untersuchenden Grund- und Menschenrechte .....	145
C. Menschenwürde und elektronische Aufenthaltsüberwachung .....	146
I. Konkretisierung des Schutzbereichs und staatlichen Eingriffs .....	147
II. Mögliche Eingriffe in die Menschenwürde .....	148
1. Herabwürdigung der überwachten Person .....	149
a) Elektronische Aufenthaltsüberwachung als erniedrigende Maßnahme? .....	149

b) Verzicht auf Sachverständigengutachten als willkürliche Behandlung? .....	153
2. Verstoß gegen die Selbstbelastungsfreiheit .....	155
III. Ergebnis zur Untersuchung der Menschenwürde .....	160
D. Privatsphäre und elektronische Aufenthaltsüberwachung .....	161
I. Der Schutz der Wohnung, Art. 13 I GG .....	162
1. Einleitendes zu Schutzbereich und Eingriff .....	163
2. Mögliche Eingriffe in den Schutzbereich .....	165
a) Betreten der Wohnung durch technisches Personal .....	166
b) Datenerhebung, § 463a IV S. 1 Hs. 2, S. 7 StPO .....	167
aa) Anwesenheitskontrolle .....	168
bb) Erhebung von Wohnraumdaten .....	169
cc) Zwischenergebnis .....	170
3. Rechtfertigung des Eingriffs in den Schutzbereich .....	171
a) Rechtfertigung des Betretens der Wohnräume .....	171
aa) Aufgrund eines Gesetzes .....	171
bb) Eingriffe und Beschränkungen „im übrigen“ .....	173
cc) Öffentliche Sicherheit .....	174
dd) Dringende Gefahr .....	174
ee) Gefahrenverhütung .....	176
ff) Verhältnismäßigkeit .....	178
(1) Legitimer Zweck, Geeignetheit und Erforderlichkeit .....	179
(2) Angemessenheit .....	180
b) Rechtfertigung der Erhebung von Wohnraumdaten .....	181
aa) Ermächtigungsgrundlage und richterliche Anordnung .....	181
bb) Technische Mittel .....	182
cc) Gefahrenabwehr durch Überwachung von Wohnungen .....	183
dd) Verhältnismäßigkeit des Eingriffs .....	184
(1) Legitimer Zweck, Geeignetheit und Erforderlichkeit .....	184
(2) Angemessenheit .....	185
c) Verstoß gegen das Zitiergebot gemäß Art. 19 I S. 2 GG .....	188
4. Ergebnis zur Untersuchung des Art. 13 I GG .....	191
II. Allgemeines Persönlichkeitsrecht .....	191
1. Informationelle Selbstbestimmung .....	192
a) Eingriff in den Schutzbereich .....	193
b) Rechtfertigung des Eingriffs .....	194
aa) Beschränkbarkeit der informationellen Selbstbestimmung .....	195
bb) Prüfung der Verhältnismäßigkeit .....	195
(1) Elektronische Aufenthaltsüberwachung als unzulässige Rundumüberwachung? .....	196
(2) Abwägung .....	201
2. Recht auf Resozialisierung .....	202
a) Schutzbereich .....	202
b) Eingriff .....	204

c) Rechtfertigung .....	205
3. Ergebnis der Untersuchung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts .....	208
III. Privatsphärenschutz in Art. 8 EMRK .....	208
1. Schutz des Wohnraumes und des Privatlebens .....	209
2. Rechtfertigung der Eingriffe .....	212
3. Ergebnis zur Untersuchung des Privatsphärenschutzes nach Art. 8 I EMRK .....	213
E. Freiheit und elektronische Aufenthaltsüberwachung .....	214
I. Freiheitsbelastung durch die Präventivüberwachung .....	215
1. Schutzbereich .....	215
2. Eingriff .....	217
a) Abgrenzung und Definition von Freiheitsentzug und Freiheits- beschränkung .....	217
b) Anwendung dieser Grundsätze auf die Präventivüberwachung .....	218
3. Ergebnis zur Freiheitsbelastung durch die Präventivüberwachung .....	220
II. Freiheitsbelastung der kombinierten Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung .....	221
1. Grundrechtsrelevanz aufenthaltsbezogener Weisungen .....	221
a) Mobilitätsverbot, § 68b I S. 1 Nr. 1 StGB .....	222
b) Aufenthaltsverbot, § 68b I S. 1 Nr. 2 StGB .....	224
c) Zwischenergebnis .....	225
2. Unverhältnismäßige Belastung durch die zusätzliche Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung? .....	226
a) Belastungskumulation: Einführung in die Problemstellung und Voraussetzungen .....	226
b) Ein Fallbeispiel zur Kumulation von Ermittlungsmaßnahmen .....	228
c) Die kombinierte Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüber- wachung als Belastungskumulation? .....	230
3. Ergebnis zur Freiheitsbelastung durch die kombinierte Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung .....	231
 <b>Kapitel 8: Schlussbetrachtung .....</b>	<b>233</b>
 <b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>239</b>